

zung dafür, dass innovationsgetriebener Strukturwandel im Sinne adaptiver Effizienz bewältigt werden kann (70).

Um diese Argumente auf eine Analyse der geschichtlichen Evolution marktwirtschaftlicher Entwicklungsprozesse anwenden zu können, werden sie von North weiter präzisiert. Abgeleitet aus der Dynamik gesellschaftlicher Arbeitsteilung wird postuliert, dass der Übergang vom persönlichen zum unpersönlichen Gütertausch eine fundamentale Hürde für wirtschaftliche Entwicklung darstellt – zusammen mit der Koordinierung spezialisierten dezentralen Wissens, der Einrichtung effizienter Anreizsysteme des Marktwettbewerbs und administrativ leistungsfähiger, regelgebundener Staatstätigkeit als Voraussetzung einer adäquaten Ordnung (84). Diese Thesen werden mit Daten zu historischen Entwicklungsdifferenzen zwischen einzelnen Ländern und Ländergruppen unterfüttert und im Hinblick auf westliche Entwicklungserfolge diskutiert. Hierbei ist es laut North vor allem der Einfluss der Religion, der zusammen mit dem Wettbewerb politischer Einheiten als erklärende Variable dienen kann (101). Zudem wirken historische Erfahrungen auf Wertvorstellungen ein, was zu Divergenzen in der Bewertung politischer Freiheitsrechte führt (145). Aus diesen Mechanismen resultierende Grenzen der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungspfade zeigen sich nicht nur anhand des sozialistischen Systems, sondern auch hinsichtlich der Problematik entwicklungspolitischer Reformmaßnahmen, die die Kongruenz von formellen Regeln und informellen Normen zu berücksichtigen haben (161). Der Aufbau konsensorientierter politischer Institutionen ist daher primär durch kontextabhängiges institutionelles Experimentieren zu leisten (164).

Die in diesen Formulierungen anklingenden Bezüge zu Hayeks Theorie der kulturellen Evolution sind offensichtlich – und obwohl sich North durch die Betonung organisierten, absichtsvollen Handelns von Hayeks Konzept der spontanen Ordnung absetzen will, weist sein Ansatz ähnliche Schwächen auf. Zu nennen wäre hier in erster Linie das Problem des Funktionalismus. Entsprechend werden soziale Konflikte und Machtverhältnisse zwar in historischen Abrissen thematisiert, aber dann doch theoretisch unzureichend reflektiert. Dennoch bietet „Understanding the Process of Economic

Change“ mit seinen verhaltens- und handlungstheoretischen Vorlagen eine wichtige, analytisch gehaltvolle Weiterentwicklung von Norths Werk – und damit der institutionentheoretischen Diskussion insgesamt. Dass es sich um ein laufendes Forschungsprogramm handelt, das viele weiterführende Fragen und Problemstellungen aufwirft, ist als Stärke dieses Programms zu werten.

Bettina Lösch: Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2005, 274 S., € 29,80.

Jörg Reitzig

Mit der gewachsenen Bedeutung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Akteure im politischen Prozess wird seit den 1990er Jahren immer häufiger auch auf den Begriff der Deliberation Bezug genommen. In seiner allgemeinsten Form steht er für die gesellschaftlichen Prozesse des Abwägens und gemeinsamen Beratens. Eingebettet in ein Verständnis des Wechselspiels von Demokratie und politischer Öffentlichkeit „als partizipatorischem Prozess der Selbstbestimmung“ (195) geht *Bettina Lösch* vor diesem Hintergrund der Frage nach, welche emanzipatorischen Potentiale eine Konzeption deliberativer Politik im Gegensatz zur vorherrschenden Praxis von Politik als effektivem Management eröffnen kann. In vier Hauptkapiteln verfolgt die Autorin in anspruchsvoller Weise das Ziel, „das Verhältnis von Deliberation und Politik und die dieses Verhältnis konstituierenden Kategorien Öffentlichkeit, Demokratie und politische Partizipation in ihrer eigenen kategorialen Bestimmung sowie in ihrem Bezug zur Deliberation zu befragen und zu analysieren“ (12).

Entgegen der verbreiteten Praxis, das Politische mit den Instrumenten der Philosophie zu vermessen, wird im *ersten Kapitel* zunächst das Wechselverhältnis beider Disziplinen in den Blick genommen. Der Kritik Michael Walzers an den Voraussetzungen kollektiver Entscheidungsfindung stellt die Autorin die Auffassung Hannah Arendts entgegen, dass die Trennung

von Denken und Handeln eine eher fatale Tradition in der Politischen Philosophie darstellt (14, 20 ff.), um auf dieser Grundlage unterschiedliche Typen politischer Beratung herauszuarbeiten. Gegenüber Formen von Expertokratie oder dialogischer Beratung wird ein Typus von politischer Beratung „als demokratischer Prozess“ (44) favorisiert, bei dem Öffentlichkeit und Urteilskraft der Einzelnen „als vermittelndes Drittes zwischen Denken und Handeln“ (44) gefasst werden. Gerade in Anbetracht der sich vollziehenden Beschränkungen des demokratischen Nationalstaates durch eine sich globalisierende Ökonomie transnationaler Akteure hat dieser Ansatz zudem den Vorzug, dass er räumlich über den Nationalstaat hinausweist und „auf die ‚uns gemeinsame Welt‘ bezogen“ werden kann (44).

Im *zweiten Kapitel* wird eingehend die Bedeutung des Öffentlichen als ein durch soziale Kämpfe geöffneter „Raum widerstreitender Interessen“ (15) beleuchtet. In Auseinandersetzung mit den Theorien von Carl Schmitt und Martin Heidegger sowie den eher partizipatorischen Öffentlichkeitskonzepten von John Dewey und Jürgen Habermas plädiert Lösch für ein Verständnis von Politik und Öffentlichkeit, das „den Sinn von Politik in der Gründung politischer Freiheit“ (98) hinsichtlich der Befähigung der Menschen zum öffentlichen Handeln verortet.

Vor dem Hintergrund der Gramscianischen Konzeption der Zivilgesellschaft, die von antagonistischen Verhältnissen geprägt und durch Hegemonie als Integrationsmodus strukturiert ist (170), werden im *dritten Kapitel* moderne Demokratietheorien diskutiert und nach einem eigenen Vorschlag kategorisiert. Als *entscheidungsorientiert* lassen sich demnach die überwiegend ökonomistischen und eliteorientierten Ansätze charakterisieren, die im Rahmen der so genannten „realistischen Theorien“ angesiedelt sind. Ihnen attestiert die Verfasserin eine Haltung, bei der Defizite in den liberalen Demokratien der Gegenwart nicht als Abweichung vom Ideal interpretiert, sondern vielmehr zum Anlass für Kritik am Prinzip der Volkssouveränität an sich benutzt werden. Gewollt oder ungewollt, so ihr Resümee, tragen diese damit zur Erosion der demokratischen Idee bei, „sei es durch Privatisierung des Politisch-Öffentlichen oder dadurch, dass sie den Menschen abspre-

chen, zum politischen Handeln oder Urteilen befähigt zu sein“ (172).

In Abgrenzung zu diesen wirtschaftsliberalen Modellen können hingegen jene Theorien als *kontextbezogen* beschrieben werden, die vor allem auf die reale Pluralität und Kontingenz in den modernen Gesellschaften der Gegenwart abheben. Angesiedelt auf einer Achse zwischen Kommunitarismus und postmoderner Weltanschauung wird Demokratie darin als „Form gemeinschaftlicher Selbstbestimmung“ (172) interpretiert, gleichzeitig jedoch von kollektiven gesellschaftlichen Subjekten und Interessen abstrahiert. Bei den *prozeduralen* Theorien hingegen, etwa Habermas' Demokratietheorie, steht der deliberative Prozess im Vordergrund. Demokratie entfaltet sich hier „im Gegenkreislauf von Macht und Kommunikation zwischen staatlichen Institutionen und der zivilen Gesellschaft als nicht-organisierter Öffentlichkeit“ (173).

Die verschiedenen Betrachtungsebenen der Arbeit werden im *vierten Kapitel* unter der Überschrift „Deliberation und politische Partizipation“ (175) schließlich zu einer analytischen Synthese zusammengeführt. Ziel der Autorin ist es auf diesem Wege „zu einem partizipatorischen Verständnis deliberativer Politik zu gelangen“ (174). Unter Bezug auf Amy Gutmann und Dennis Thompson argumentiert sie, dass es dabei vor allem erforderlich ist dort anzusetzen „wo Probleme gesellschaftlich und politisch real auftreten“ (16).

Die Auseinandersetzung mit und die Orientierung an Hannah Arendt stellen dabei so etwas wie einen strukturgebenden und inspirativen Rahmen dar. Den hohen Maßstäben, die dadurch gesetzt sind, vermag die Analyse in ihrer Gesamtheit durchaus gerecht zu werden, trotz vereinzelter Unschärfen. Das Konzept der negativen Freiheit z.B. als „unpolitisch“ zu charakterisieren (64) unterschlägt die darin – und in dessen praktischer Wirkmächtigkeit – zum Tragen kommenden (ökonomischen) Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen bzw. dessen herrschaftsstabilisierende Verwendung. Es ist ebenso politisch wie es hinsichtlich seiner Wirkungen politisch zu kritisieren ist. Den Ansatz für eine solche Kritik liefert die Verfasserin indes sehr wohl mit, indem sie, in Abgrenzung zu Carl Schmitts' Freund-Feind-Schema oder zur ökonomistischen Vorstellung von Politik

als Tauschgeschäft, eine konkrete Bestimmung emanzipatorischer Politik begründet. Deren Ziel besteht hiernach in der Überwindung von Zwangsherrschaft durch die Macht gemeinsamen Handelns, das an der Schaffung von Freiheit durch Partizipation orientiert ist (63).

Die Idee der Deliberation wird letztlich von (normativ) überhöhten Implikationen entlastet und darauf aufbauend zu einer „Theorie demokratischer Beratung und politischer Beteiligung“ (192) verdichtet. Mit dieser theoretischen Neufassung unternimmt die Autorin den Versuch die Dichotomie von Wissen und Tun zu überwinden und im besten Kantianischen Sinne das Politische dem Öffentlichen zu überantworten: „Eine Theorie deliberativer Politik (...) setzt auf die gemeinsame politische Beteiligung handelnder Menschen, anstatt politisches Denken und Handeln elitären Institutionen oder nicht-öffentlichen Ausschüssen und Expertenkommissionen zu überlassen oder an anonymisierte Verfahren zu binden“ (193). Ihre Perspektive liegt folglich in der Betonung der Potentiale gesellschaftlicher Demokratisierung im Sinne eines unabschließbaren Prozesses, „für den gemeinsame Beratung und politische Beteiligung kennzeichnend sind“ (14).

Bettina Lösch hat mit ihrer Analyse ein kompetentes Werk vorgelegt, das einen tiefen Überblick über einen relevanten Teil der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte liefert. Ihre Konzeptualisierung einer Theorie deliberativer Politik eröffnet Perspektiven des analytischen Denkens, „die – der modischen Praxis und neoliberalen Hegemonie widerstrebend – auf ein emanzipatives und partizipatorisches Verständnis von Politik abzielen“ (198).

METHODEN

Wolfgang Langer: Mehrebenenanalyse. Eine Einführung für Forschung und Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, 316 S., € 29,90.

Kai-Uwe Schnapp

Langer verfolgt das Anliegen, eine an der Forschungspraxis und auf unmittelbare Anwend-

barkeit orientierte Einführung in moderne Verfahren der Mehrebenenanalyse zu verfassen. Dieses Ziel wird erreicht. Grundkenntnisse der linearen Regression und der Varianzanalyse (ANOVA) reichen aus, um das Buch mit Gewinn lesen zu können.

Langer eröffnet seine Erläuterungen mit einem Rekurs auf die Entwicklung der Mehrebenenanalyse in den letzten 30 Jahren. Ausgehend von der klassischen linearen Regression und der ANOVA werden zunächst kontextspezifische Modelle erläutert, bevor die Darstellung früher Mehrebenenmodelle zu den aktuellen Verfahren der Mehrebenenanalyse überleitet. In der Einführung wird gleichzeitig am Beispiel verdeutlicht, für welche Datenstrukturen Mehrebenenmodelle nützlich bzw. notwendig sind. Es geht um „hierarchische“ Datenstrukturen, das heißt um Daten, bei denen eine abhängige Variable (bei Langer Testergebnisse in Mathematik) nicht nur aus den Individualmerkmalen der Objekte der untersten Analyseebene (Schüler), sondern auch unter Berücksichtigung von Merkmalen des Kontextes (Schulen), erklärt werden soll. Der historische Einstieg schafft nicht nur Hintergrundwissen. Vielmehr führt er Leserinnen und Leser so behutsam wie zielgerichtet an die interessierenden Verfahren heran. Deren Einführung findet im vierten Kapitel statt. Hier stellt Langer als Ausgangsmodell ein Mehrebenenmodell vor, welches lediglich gruppenspezifisch (also etwa schulspezifisch) variierende Achsenabschnitte vorsieht, das so genannte Random-Intercept-only-Modell (107 ff.). Aufbauend auf diesem Modell werden nach und nach Beschränkungen aufgehoben, so dass Langer am Ende des Kapitels zu einem „vollständigen“ Mehrebenenmodell kommt, in dem sowohl die Achsenabschnitte als auch die Anstiege der Regressionsgeraden gruppenspezifisch variieren und außerdem die Effekte relevanter Eigenschaften der Gruppen explizit modelliert werden können (Random-Intercept-Random-Slope-Modelle mit Kontexteffekten, 143 ff.). In dieser letzten „Ausbaustufe“ wird auch eine zentrale Leistung der Mehrebenenmodelle eingeführt, nämlich die Möglichkeit, Interaktionen zwischen den Analyseebenen zu beschreiben. Ausführlich geht Langer in Kapitel 4 außerdem darauf ein, dass und warum Mehrebenenmodelle mehrere voneinander unabhängige Fehlerterme enthalten.